

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
36 (1922)**

13 (16.1.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-453125](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-453125)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementpreis für einen Monat 12.50 Mark, dazu 1.50 Mark Frangobrief, bei Abnahme von der Expedition 13.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 34.50 Mark, monatlich 11.50 Mark einschließlich Beleggeld.

# Republik

Bei den Inseraten wird die einseitige Millimeterzelle oder deren Raum für die Inserenten in Kufferten, Wählmaschinen und Umgeben mit 90 Pfennig berechnet. Für auswärtige Inserenten 1.20 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Raschen im Reklameteil die Millimeterzelle 4.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Montag, 16. Januar 1922 \* Nr. 13

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1265.

## Drag oder Budapest?

Aus Wien wird uns geschrieben: Der Vertrag, der in dem Schlosse Rana bei Prag zwischen den Regierungen Oesterreichs und der Tschechoslowakei abgeschlossen wurde, bedroht die österreichische Regierung, die einer Koalition zwischen Christlichsozialen und Großdeutschen ihre Entstehung verdankt, mit einer schweren Krise. Die Großdeutschen sind in größter Erregung und drohen mit der Sprengung der Koalition und mit dem Rücktritt ihres Ministers. Wie schwer die Krise ist, geht nicht nur daraus hervor, daß die Christlichsozialen sich rüsten, die Erregung der Großdeutschen dadurch zu befeitigen, daß sie ihnen einen größeren Anteil an der Regierung anbieten, sondern auch daraus, daß sie jetzt frampfsolche Anforderungen machen, sich als die Opfer der Rennerischen Außenpolitik hinzustellen, die in einem „Geheimvertrag“ mit der Tschechoslowakei Oesterreich die härtesten Bindungen auferlegt habe, so daß der Vertrag von Rana nur eine Folge dieser Bindungen sei.

Ob es den Christlichsozialen gelingen wird, die Großdeutschen, sei es dadurch, daß sie alle Schuld auf die bösen Sozialdemokraten abwälzen, sei es dadurch, daß sie den Großdeutschen mehr Ministerposten anbieten, zu beruhigen, läßt sich natürlich schwer voraussagen. Schließlich wird den Großdeutschen nicht viel anderes übrig bleiben, als sich aus dem Schmolzwinkel herauszuheben, denn eine Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten ist ganz ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten lassen sich über Oppositionsstellung durch keine Lockrufe herauslocken - so ist eben eine Regierung nur möglich, wenn die beiden bürgerlichen Parteien sie bilden. In dem Experiment der Neuwohlen werden sich wieder die Christlichsozialen noch die Großdeutschen gerade jetzt entschließen. Es würde für keinen von beiden irgendetwas herauskommen.

Allerdings wird es den Großindustriellen nicht leicht fallen, ihre Kräfte, die sie zum Kampf gegen den Vertrag, der die Deutschen in der Tschechoslowakei und den Ankläger an Deutschland vertrat, aufzutreiben haben, wieder zurückzurufen. Denn man muß ihnen zugeben, daß der Vertrag unglaublich ungeschickt stilisiert ist und auch bei nicht internationalen Leuten den Anschein erweckt hat, als ob er für wirtschaftliche Vorteile, namentlich einer Anleihe von 500 Millionen tschechischer Kronen, die Würde Oesterreichs preisgegeben habe. Denn nicht nur erkennt Oesterreich darin den Vertrag von St. Germain ausdrücklich an, der vier Millionen Deutsche tschechischer Fremdberechtigt ausgeliefert hat, sondern es verpflichtet sich zur Garantie der Unverletztheit des tschechoslowakischen Gebietes, ja, es verpflichtet sich sogar, seine geheimen Intrigen und seine politische Organisation, die gegen den Bestand und die Sicherheit des anderen Vertragsstückes gerichtet sind, zu dulden. Natürlich nimmt die Tschechoslowakei dieselben Verpflichtungen gegenüber Oesterreich ein, aber die Deutschen nationaler Verweise darauf, daß Oesterreich keine fremde Nation bedrückt, also keine nationale Credenza zu fürchten hat. Demgegenüber hat der Bundeskanzler Schober vor einer Abordnung von Parlamentsjournalisten, die er sich eigens zu dem Zwecke kommen ließ, um den Vertrag von Rana zu verteidigen, die Beweggründe dieser bemängelten Bestimmungen des Vertrages dahin ausgelegt, daß gerade sie zum Schutze Oesterreichs dienen sollen. Er verweist darauf, daß, wenn auch nicht von der Tschechoslowakei, so doch in der internationalen Presse ganz offen in der letzten Zeit von einer Aufteilung Oesterreichs gesprochen wurde. In der Tat wurde in den letzten Monaten, da Oesterreich von den ungarischen Banden bedroht war, in der internationalen Klatsch- und Sensationspresse wiederholt davon gesprochen, Oesterreich, das ja nur eine Verlegenheit für die Entente, die es geschloffen hat, wird, aufzuteilen: Nordtirol den Italienern, Steiermark bis zum Semmering den Jugoslawen zu schenken; aus dem Rest - ohne das sozialdemokratische Wien - einen neutralen Alpenstaat zu bilden, und was dergleichen geistreiche Kombinationen der internationalen Vierbankpolitiker mehr sind. Was sein, daß der Bundeskanzler dieses Gerücht ernst genommen hat, was sein, daß er die Einfälle der ungarischen Banden auf österreichisches Gebiet durch den Vertrag von Rana zu verhindern glaubt. Jedenfalls erweckt die Stillierung des Vertrages den Anschein, als ob Oesterreich um wirtschaftlicher Vorteile willen seine Würde verpfänden hätte.

Je schwerer aber die Regierung gegenüber den Großdeutschen den Vertrag verteidigen kann, um so mehr suchen die Christlichsozialen mit dem Gerücht über den angeblichen Geheimvertrag Renners die Schuld auf die Sozialdemokraten abzuwälzen. Aber Dr. Renner hat bereits im Januar 1920, als er noch seiner Prager Reise im Parlament angegriffen wurde, offen dargelegt, daß er weder einen Geheimvertrag, noch überhaupt einen Vertrag mit der Tschechoslowakei geschlossen habe. Er hatte als österreichischer Außenminister eine Zusammenkunft mit dem tschechischen

## Nach Cannes.

Nach einer Berliner Meldung ist Dr. Rathenau am Sonnabend abends nach Paris zurückgekehrt. Gleich nach seinem Eintriften hatte er eine Unterredung mit dem Reichskanzler, worauf Besprechungen mit den Ministerpräsidenten bis in die Nacht hinein stattfanden.

Lord George ist gestern morgen in London eingetroffen. — Polcaré hatte, wie Wolff zu melden weiß, am Sonnabend eine sehr herrliche Unterredung mit Brand. Am heutigen Montag soll zwischen den beiden eine neue Besprechung stattfinden.

## Dr. Wirth ist zuversichtlich!

Der Reichskanzler hielt am Sonnabend in einem Berliner Verein eine politische Rede, in der er sich sehr zuversichtlich äußerte. Er erklärte in der Tat, daß Vertreter der Reichsregierung in Cannes als Gäste Frankreichs wollten und bei den Verhandlungen in Brüssel einen gewissen Fortschritt. Die Welt schreie nicht und mehr einzeln, daß es sich bei dem Reparationsproblem und der Hilfe für Deutschlands Wiederaufrichtung nicht um ein deutsches, sondern um ein Weltproblem handle. In diesem Zusammenhang wies er auf die Schwierigkeiten in anderen Ländern hin, so auf die bedrohliche Steigerung der Arbeitslosigkeit in England. Die Berufung wurde und müßte liegen. Der kommende Konferenz von Genève würde Dr. Wirth einen hoffnungsvollen Bericht, wie denn überhaupt durch seine Rede ein Zug von Zuversicht ginge.

## Dom Zentrumsparlament.

Wie schon gemeldet, findet in Berlin im Reichstagsgebäude der Reichstagsparlament des Zentrums statt, um die neuen Richtlinien für die Partei festzusetzen. Diese Tagung ist am Sonnabend schon durch Organisationsberatungen eingeleitet worden. Es fand eine Aussprache der Parteimitglieder mit den Schriftleitern aus der Provinz statt. Am letzten Sonntag wurde dann der Parteitag offiziell eröffnet. Am Vorabend wurde Dr. Forst gewählt. Darauf hielt der Reichsminister Dr. Strauss ein Referat über die politische Lage. Danach wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Reichstagsparlament des Zentrums bezieht die Parteileitung und der Reichstagsparlament sein volles Vertrauen auf die Regierung und die bisherige Politik der Regierung einverstanden. Er empfiehlt mit Genugtuung, daß in schweren Augenblicken die Führer des Zentrums im Reichsministerium ausgehoben werden und daß auch weiterhin die Partei jederzeit bereit sein muß, für das Vater-

Außenminister, und da hatten sich beide über die Richtlinien ihrer Politik namentlich gegenüber Ungarn und gegenüber der von dort ausgehenden habbürgischen Gefahr geeinigt. Von einer Bindung der Staaten war keine Rede. Es war nur eine persönliche Vereinbarung über die Politik beider Minister, die natürlich schon den Nachfolger nicht gebunden hätte, geschweige denn Staat, die aber so sehr den Notwendigkeiten des Staates entsprach, daß sie von den christlichsozialen Nachfolgern Renners nicht geändert wurde.

Sier stehen wir nun beim Kern des ganzen Problems der österreichischen Außenpolitik. Renner hatte, als er im sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalitionskabinet die äußere Politik leitete, eine Annäherung an die Tschechoslowakei als das dringendste Interesse Oesterreichs anerkannt: nicht nur, weil Oesterreich wirtschaftlich auf die Freundschaft mit der Tschechoslowakei angewiesen ist, mit der es seit jeher die innigsten wirtschaftlichen Beziehungen hat, sondern weil es nur bei der Tschechoslowakei Schutz gegen die Aspirationen Jabsburgs und gegen die von Horthy drohende Reaktion hindern konnte, denn wie Oesterreich war auch die Tschechoslowakei von Jabsburg und Horthy in seiner friedlichen Entwicklung bedroht. Wegen dieser Politik war aber Renner von den Christlichsozialen auf das heftigste angegriffen worden, die statt einer Annäherung an die Tschechoslowakei eine an das reaktionäre Ungarn wünschten, wodurch sie eine Stärkung der heimtücklichen Reaktion, insbesondere eine der monarchistischen Restaurationspläne erschaffen. Aber selbst die christlich-sozialen Regierungsmänner hatten trotz des besten Willens keine Annäherungen an Ungarn zustande gebracht, vielmehr hatte sich unter ihr die Spannung nur verschärft, und die Ereignisse im Burgenland hatten unter der Regierung Schober mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß Oesterreich von dem reaktionären Regime in Ungarn auf das äußerste bedroht ist. So war die Regierung Schober immer mehr zu der Ueberzeugung gedrängt worden, daß sie, wenn sie Oesterreich gegen diese länderbedrohende Bedrohung seines Friedens und seine Entwicklung schützen wolle, die freundschaftlichen Beziehungen zur Tschechoslowakei festigen müsse. Das ist der eigentliche Grund und die eigentliche Bedeutung des Vertrages von Rana. Deshalb wird auch die deutsch-nationale Opposition gegen ihn - trotz aller berechtigten Einwände gegen seine ungeschickte Fassung - nicht verhindern, daß er vom österreichischen Parlament genehmigt werden wird. Nachdem die Regierung von Budapest so offenkundig ihre Feindschaft gegen Oesterreich bekundet hat, blieb auch der christlichsozialen Regierung in Wien nichts anderes übrig als die Annäherung an Prag.

land einzutreten. Die gegenwärtige Finanzpolitik muß energig weitergeführt werden unter Würdigung einer gerechten Seitenverteilung. Der Barreiros erklärt schließlich in einer eingehenden Rede alle europäischen Angelegenheiten der äußeren Politik wie der Finanzen und des Erbes der Zunder. Nur der Welt der Verführung mag das deutsche Volk wieder aufwärts zu führen.

## Eine Kundgebung der USP.

Nachdem während der Leipziger Verhandlungen dort eine große Demonstrationssammlung der Unabhängigen arrangiert worden war, fand gestern eine solche auch in Berlin statt. In der stark besuchten Versammlung sprachen deutsche und auswärtige Redner für die Verbrüderung der Arbeiterkräfte und gegen den Gewaltfrieden. Es sprachen, wie uns Wolff heute meldet, u. a. Haupt, Rosenfeld und Grumbach für Frankreich, Grimm für die Schweiz, Reichrich für Oesterreich, Abrahamowitz für Rußland und Gröhlen und Decker für Deutschland. Die Ausführungen gipfelten in der Beurteilung des Gewaltfriedens, in der Bekämpfung des Imperialismus, in dem Zusammenstoß des internationalen Proletariats (womit doch in Deutschland erst mal der Anfang gemacht werden sollte, wofür der Leipziger Parteitag gerade nicht votiert hat) und in der Errichtung einer Weltrepublik (17).

## Streik im Schwarzwald.

Aus Baden wird uns gemeldet: Der infolge Lohnbifferenzen seit einiger Zeit erzwungene Streik in der Schwarzwalder Holzindustrie hat begonnen. Ungefähr 35 000 Arbeiter sind daran beteiligt. Es sollen Einigungsverhandlungen eingeleitet werden sein.

## Was mein einst war...

Eine Nachricht aus Washington besagt: Die japanische Regierung hat der Unterstellung Kautskaus unter japanischer Verwaltung zugestimmt.

## Meldungen aus Warschau.

Das polnische Ministerium nahm den Vorschlag über die Übernahme aller Provinz- und Hofbeamtenstellen des Kaiserreichs durch den polnischen Staat an. Der Außenminister Skrzynski stimmt gegen diesen Vorschlag. Am 31. Dezember betrug die polnische Staatskassa bei der polnischen Banknote 221 Milliarden Mark, der Kontostand bei 220 338 Millionen Mark. — Die nach der russischen Vorfassung in Polen nach bestehenden Sonderbestimmungen für Juden wurden außer Kraft gesetzt.

## Für die Vertretung der Arbeiter in Genève

In einer Sitzung des Vorstandes des allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes wurde beschlossen, an das Bureau der Americaner Gewerkschaften internationale ein Telegramm folgenden Inhaltes zu richten: In Cannes wurde die Einberufung einer Weltkonferenz nach Genève beschlossen, an der Vertreter aller Regierungen Europas teilnehmen sollen. Wir erachten es für notwendig, daß zu dieser Konferenz auch Vertreter der Arbeiter aller Länder eingeladen werden. Das Telegramm ist unterzeichnet vom Generalsekretär des Allgemeinen italienischen Gewerkschaftsbundes Porrogo.

## Ein Hochparlamentsverfahren.

Aus München meldet die ZU: Gegen den Führer der bayerischen Königsarmee, Major von G. ist ein Ermittlungsverfahren wegen Aufzehrung zum Hochverrat eingeleitet, weil er eine Entschädigung der Bundeswehr als Reichsminister beantragt. Die sich für die gewalttätigen Führer von der Weimarer Verfassung aussprach.

## Ludendorff kein Führer?

Der Reichsminister der Justiz hat die Anfrage der Abgeordneten Lechner und Dr. Hofenfeld, die sich nach einem Beschlusse gegen Ludendorff in der Kampfanzeige erlaubte, abschließend dahin beantwortet: „Der Oberreichsanwalt hat unter Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände, die Frage, ob ein ausreichender Verdacht für eine strafbare Beteiligung des Generals Ludendorff an dem Raubplündern Unternehmen gegeben sei, verneint und betont, daß jedenfalls kein Anhalt dafür besteht, daß er sich als Urheber oder Führer im Sinne des Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920 betätigt habe.“ Dr. Rohrbach ist dieser letzteren Auffassung beigetreten.

Nach dem Ergebnisse der Gerichtsverhandlung scheint uns diese Erklärung nicht gerade klar.

## Gegen die russische Hungersnot.

Im Dezember 1921 sind bei dem Zentralhilfskomitee für die Hungernden in Rußland im ganzen 13 167 Millionen Rubel eingegangen. Die Gesamtsumme der Spenden beläuft sich auf 42 558 Millionen Rubel, vorausgesetzt wurden im Dezember 16 Milliarden Rubel, im ganzen 35 Milliarden Rubel.

Die am 11. Januar von der russischen Regierung durch Anrufen zur Verfügung gestellten Lebensmittelmittel sollen von der russischen Regierung als Staatsanleihe anerkannt werden, die auf zehn Jahre gewährt wird und mit 6 Prozent verzinst werden soll.

## Deutschnational!

Aus Kassel wird der Wiesbadener „Vollstimme“ geschrieben: Unser Reichstagsabgeordneter Hennrich ließ sprach die heftigen Protest in mehreren Versammlungen. Die Versammlung in Göttingen wählte nun den deutschnationalen Bürgermeister folgendermaßen ummöglich zu machen: Im Laufe des Tages erschien bei ihm der Reichstagsabgeordnete in Wies, der auch einmal eine deutsche Reichstagsabgeordnete werden wollte. Ihn er-



Härte der Bürgermeister, daß die Versammlung nicht stattfinden zu...

Reichstagsdispositionen.

Der Reichstag wird am 19. Januar eine Session von längerer Dauer eröffnen...

Gewährung von Kinderzulagen an Beamte.

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Auf Grund einer im...

Die Neuregelung der Gehälter.

Zu dem Verhandlungsergebnis über die Neuregelung der Gehälter, bzw. Löhne der Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter...

Darüber, daß die Neuregelung der Löhne eine organische Verbindung...

Auslieferung der Kriegsverbrecher?

Mus Worts wird gemeldet: Die von der Kommission in Baden...

über verschiedene andere Fälle. Weiter ist keiner dieser Fälle...

Ligo „Junge Republik“.

Eine Sammlung republikanischer Vorkämpfer, Schriftsteller, Künstler...

„Parteitagsschmus“.

Am letzten Sonntag, Verhandlungsstage der Unabhängigen ging...

Aus aller Welt.

Für 75 000 Reichs Mark Sperrgeld bestimmt. Durch einen Beschluss...

Derurteilte Preistreiber.

Nach mehr als einmündiger Verhandlung wurde die Einzelkammer...

Politische Rundschau.

Verußen für Ausführung des Reichsgründungs- und Reichs...

Die Regierung Socjalisten. Der Rat der Volkskommission...

Politische Kreise. Nach einer Berliner Meldung haben die Unabhängigen...

Die neuen Renten in der Unfallversicherung.

Die Bestimmungen in der Unfallversicherung entsprechen schon längst...

beträgt keine Rente 8300 Mk. jährlich. Wenn er demnach bis 21. Lebensjahr...

Erhält jemand eine Rente nach einem gestützten Jahre...







Wilhelmshaven, 16. Januar.

Schiffahrtsdienste. In der Nachmittags-Verkehrsstunde...

Wahlversammlung. Der Verein hielt am 11. d. M. keine Hauptversammlung...

Vertrauensmänner. Die bisherigen Darbietungen des Wilhelmshavener 'Heders'...

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen. Adler-Theater. Vom Montag den 16. bis Freitag den 20. Januar...

Oldenburg und Umgebung.

Parteiunterschiede und Verhandlungsmittel. Freitag, 7.30 Uhr. Bei Haase. Vorträge. Auf die Vorträge des Genossen Hug...

Liste D (Kra-Bund) 78 Stimmen. Die Liste verteilte sich demnach wie folgt: Kra-Bund 2 Kreisräte...

Die Kolonialausstellung im Augustum. Wie möchten unsere Parteigenossen und -genossinnen noch einmal auf die im Augustum stattfindende Kolonialausstellung hinweisen...

Eine Anfrage! Mit uns gefahren: In der nächsten Zeit werden etwa 600 Arbeiter zum Hunte-Gesamt gefahren...

Offizielle Mitteilung. Beifrieder geht vom 23. d. M. ab: 1. Anno Becker, die Weidobahnabrechnung...

Fus dem Lande.

Just. Baumhürze in Ujgibitz. In den Nadelholzbeständen des Staatsforstes Ujgibitz durch den Sturm ebenfalls starke Vermehrungen angetroffen...

Fest. Stadtbefähigung. Durch den Völkermehr wurden 6 Mitglieder des Stadtrats eingeführt und verabschiedet...

Vertrauensmänner. Die gesellschaftlichen und politischen Vertrauensmänner, welche der SPD. angehören...

Rüftringer Parteiangelagenheiten. Vertrauensmänner. Die gesellschaftlichen und politischen Vertrauensmänner...

Wettervorhersagen des Marine-Observatoriums Wilhelmshaven. Wegen mäßiger, böiger Winde aus südlichen Richtungen...

Rüftringen. Zwei ungetauften Kinder sollen am Dienstag den 17. d. M. nachmittags 2.30 Uhr...

Wilhelmshaven. Offizielle Sitzung des Bürgervereins am Dienstag den 17. d. M. nachmittags 5 Uhr...

4 engrohr. Wasserrohrkessel (Marinettep) je 400 qm Heizfläche. Betriebsdruck (bis zu 16 Atm) nach Neuregelung...

Reichs-Vermögensamt IV. Wilhelmshaven, Aulferstraße 78.

Soz. Wahlverein. Rüstingener-Wilhelmshavener Distrikt 12. am Sonnabend den 26. Jan. 1922, abends 8 Uhr Punkt 12...

Familien-Haus mit 1000 qm Garten, mit allem Komfort, in bester Lage...

Gulgehende Schuhmacherei mit Inventar im Stadtbild Bau zu verkaufen...

Misser. Pickel, Pasten u. viele andere Hautreinigungsmittel...

Gebr. Wöbel. Kunst- und Verkaufsbüro für Möbelgeschäfte...

Heute Montag, 16. Januar, 8 Uhr abends: Vorleser Merini-Abend im Gesellschaftshaus...

Prima Lederauschnitt. Schuhmacher-Probierstühle, Gummirollen und Rollen in großer Auswahl...

Rotte Hand. ausgeprägter Haut besetzt nach kurzem Gebrauch Fische's 'Wels-Händle'...

Gold, Wette, Silber und Brillanten taufen hochhaben. Jungen & Thym. Uhrmacher, Goldschmied...

Einzelne Möbel sowie ganze Haushalte zu verkaufen. 2. Hofstraße, 31g-31d, Marktstr. 31.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Allgemeine Rüstingener-Wilhelmshavener Dienstag den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Generalversammlung...

Deutsch. Bauarbeiterverband. Bezirksverein Rüstingener-Wilhelmshaven. Freitag den 19. Jan., abends 7 1/2 Uhr...

Deutscher Transportarb.-Verband. Ortsvereinsversammlung Rüstingener-Wilhelmshaven. Sonntag den 16. Januar, abends 8 Uhr...

Werreder Zutterweine u. Johne-Steinbräu zu verkaufen. Ernst Kollmeier, 1917, Bantzer Weg 4 - Telefon 867.